



Zu Punkt **7.14**  
der Tagesordnung des  
Wirtschaftsparlamentes vom  
29.6.2023

**ANTRAG**  
**an das Wirtschaftsparlament**  
**der Wirtschaftskammer Österreich**  
**am 29.06.2023**

Wien, 7. Juni 2023

**Preisexplosion bei Gewerbemieten: Mietpreisbremse jetzt!**

Die Mietpreisentwicklung ist in aller Munde. Richtwert-, Kategorie- und freie Mieten sind bzw. werden in den nächsten Monaten signifikant angehoben werden. Das liegt daran, dass diese Mietverhältnisse indexiert sind und damit an die Entwicklung des Verbraucherpreisindex gekoppelt werden. Die Belastung, die mit diesen Indexierungen einhergeht, ist enorm und lässt viele vor allem einkommensschwächere Haushalte laut aufstöhnen.

Die andere Seite der Medaille, also die Belastung für Unternehmen, die je nach rechtlichem Status Geschäftsmiete oder Pacht zu entrichten haben, findet kaum mediale Beachtung. Speziell KMU & EPU sind besonders von Anpassungen des Miet- oder Pachtzinses betroffen, weil diese anders als große Betriebe über keine im eigenen Besitz stehenden Geschäfts- und Produktionsräumlichkeiten verfügen.

Unterliegt ein Betrieb mit seinen Räumlichkeiten einem Mietvertrag, so findet, analog zu den privaten Haushalten, das Mietrechtsgesetz Anwendung. Damit kommen auch diese Unternehmungen bei der Wertanpassung des Mietzinses voll zum Handkuss. Befinden sich Unternehmen in einem Pachtverhältnis, wird auf individueller Basis je nach Vertragsvereinbarung eine Indexanpassung festgelegt. Die meisten Pachtverträge enthalten jedoch eine Form einer Wertsicherungsklausel. So oder so stellt der Kostendruck durch steigende Fixkosten für die Betriebsstätte eine erhebliche Herausforderung dar, mit der die Unternehmen derzeit alleine gelassen werden. Denn genauso wie bei Privathaushalten, gibt es auch im Fall von Unternehmen wenig politischen Willen, eine Deckelung der Mietpreise vorzunehmen.

Im Gegenteil: Die von der Regierung einmalig wirkende Wohnkostenbeihilfe, die im März vorgestellt wurde, betrifft ausschließlich gewöhnliche Haushalte. Eine Unterstützung von Betrieben ist hierbei nicht vorgesehen. Dabei drückt gerade in diesem Bereich der Schuh besonders stark. Neben in die Höhe rasenden Energie- und Heizkosten stellen die Ausgaben für Miete oder Pacht eine bedeutsame Fixkostenkomponente dar, die den kleineren Unternehmen mit geringeren finanziellen Spielräumen eine besondere Bürde auflasten.

Die verantwortlichen Stellen sollten daher endlich auf nachhaltige und langfristig wirksame Weise auf die Entwicklung der Mietkosten einwirken.

**Der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband stellt daher folgenden Antrag und lädt alle Fraktionen dazu ein, ihn zu unterstützen:**

- Eine umfassende Einbremsung des Mietkostenauftriebs durch eine Aussetzung aller Mietpreiserhöhungen der nächsten zwei Jahre und eine prozentuelle Deckelung aller zukünftigen Miet- und Pachtanpassungen.

  
Abg.z.NR Dr. Christoph Matznetter  
Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich

  
Dipl.-HTL-Ing. Gerald Schwentenwein  
Mitglied des Wirtschaftsparlamentes  
der Wirtschaftskammer Österreich

  
KommR Friedrich Strobl  
Mitglied des Wirtschaftsparlamentes  
der Wirtschaftskammer Österreich  
SWV Fraktionsvorsitzender